

## Zukunftsdebatte 2030

Zum Diskussionspapier der SPD Brandenburg „Brandenburg 2030 – Gemeinsam Perspektiven entwickeln“

---

Wir Mitglieder des Arbeitslosenverbandes Deutschland Landesverband Brandenburg e.V. begrüßen die offene Debatte zum entstehenden Leitbild als Kompass für die zukünftige politische Arbeit der SPD in Brandenburg und wollen uns aktiv daran beteiligen.

Weil uns das rechtzeitige Erkennen zukünftiger Entwicklungen wichtig ist und weil es spannend sein kann, an der Entwicklung **der Mark und der Marke** – Brandenburg mitzuarbeiten.

### **Wie wollen wir 2030 leben?**

- I. Brandenburg soll ein Bundesland sein, in dem die Bürgerinnen und Bürger gerne leben, sich mit ihrem Land und ihrer Heimat identifizieren und stolz sagen können: „Ich bin Brandenburger!“
- II. Wir Brandenburger wollen in einer modernen Zivilgesellschaft leben- arbeiten- und uns beteiligen, in der für Rechts- und Linksradikalismus, Extremismus und für demokratiefeindliche Strömungen kein Platz mehr ist.
- III. 2030 sollen für alle Frauen und Männer die einen existenzsichernden Arbeitsplatz wünschen und benötigen, dieser auch zur Verfügung stehen.
- IV. Unsere Zukunft liegt im Miteinander der Generationen, in der alle Lebensformen gleichermaßen geachtet sind, aber Kinder einen besonders hohen Stellenwert haben.

Einige Gedanken zu Ihrem Einleitungsteil:

### **Wirklichkeitstaugliche Zukunftspolitik:**

*...“starke Bürgergesellschaft entwickeln sowie ein stabiles soziales System aufzubauen. Daran haben auch die Wohlfahrtsverbände wesentlichen Anteil...”*

**Wir meinen:** Daran haben sowohl die Wohlfahrtsverbände als auch zahlreiche Brandenburger Verbände, Vereine und Initiativen als Teile der sozialen Infrastruktur des Landes **einen wesentlichen Anteil.**

*...“Die Auswirkungen auf die Alterszusammensetzung unserer Gesellschaft sind beträchtlich...”...nicht zuletzt die Bedarfe einer älter werdenden Gesellschaft in den Blick nehmen...”*

**Wir meinen:** Die Wechselwirkungen zwischen dem demografischen Wandel und dem Strukturwandel sind sichtbar. Es werden weniger Kinder geboren, aber gleichzeitig steigt die Lebenserwartung; das Humanvermögen und die gesellschaftliche Teilhabe der Menschen sinken, besonders auf dem Arbeitsmarkt, in Bildung und Forschung. Gesellschaft und Politik müssen auf die veränderten Verhältnisse zwischen Erwerbstätigen und Rentnerinnen und Rentner durch intelligente und kreative Lösungen reagieren und sich auf höhere altersgerechte Bedarfe an den Dienstleistungssektor einstellen. Der Landesseniorenrat und die Seniorenverbände müssen deshalb eine entsprechend höhere gesellschaftliche Bedeutung bekommen.

Der demografische Wandel sollte eine Zukunftsdebatte jedoch nicht einseitig bestimmen. Die quantitative Veränderung der Anteile der verschiedenen Altersgruppen an der Gesellschaft wird zumindest teilweise auch durch eine höhere Wertschöpfung kompensiert. Dieser Prozess wird sich durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt auch in der Zukunft fortsetzen. Der Verknappung finanzieller Mittel kann somit durch eine Änderung der Erhebungsstruktur z.B. für Steuern und Abgaben entgegen gewirkt werden. Das Land Brandenburg sollte sich zukünftig für eine solche Änderung einsetzen, um auch durch Einflussnahme auf äußere Faktoren Ressourcen für eine eigene Politik des Wandels zu erschließen.

Die Abwanderung junger Menschen aus einigen Regionen des Landes ist kein Naturgesetz. Ihr sollte durch eine nachhaltige Politik Einhalt geboten werden, welche jungen Menschen Zukunftschancen vor Ort bietet und ihnen damit auch individuell im Land Brandenburg die Möglichkeit einer Zukunftsplanung einräumt.

*...“Förderpolitik muss neu strukturiert werden...”*

**Wir meinen:** Das ist richtig; aber das Land verfolgt mit seiner Förderpolitik auch seine veränderten inhaltlichen Zielsetzungen.

Deshalb muss die Förderpolitik des Landes Brandenburg da ansetzen, wo auch die Ziele der „Daseinsvorsorge“ am besten erreicht werden können. Auch hierbei gilt es, die demografische Entwicklung im Blick zu halten und gegenzusteuern.

Es muss gelingen, Reformen und Programme einzuleiten, um die Folgen des demografischen Wandels und die gravierenden Strukturunterschiede abzufedern. Dabei muss der sozialen Infrastruktur die gleiche Bedeutung beigemessen werden, wie der Wirtschaftsstruktur.

...*„Brandenburg soll auch im Jahr 2030 ein modernes Industrieland sein, auch um das heutige Wohlstandsniveau halten zu können...“*

**Wir meinen:** Es gibt in Brandenburg über 20% der Bevölkerung, die aus unterschiedlichsten Gründen vom durchschnittlichen Lebensstandard noch weit entfernt sind. Deshalb ist es nach unseren Erfahrungen dringend erforderlich, diesen Teil der Bevölkerung (Arbeitslose, Bedarfsgemeinschaften, Alleinerziehende, Alleinlebende, Niedriglöhner, Mindestrentner u.a.) stärker als bisher teilhaben zu lassen.

...*„ Parallel zur Wirtschaft hat sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt drastisch verbessert...“*

**Wir meinen:** Arbeitslosigkeit weist in der Statistik des Landes Brandenburg zwar eine positive Entwicklung aus, aber innerhalb des Bundeslandes bestehen zum Teil erhebliche regionale Unterschiede.

**Aber** - das sind nur statistische Zahlen! Wir als Arbeitslosenverband in Brandenburg kennen die persönlichen Schicksale dahinter, nicht nur der Betroffenen selbst, sondern auch von ihren Familien, ihren Partnern und ihren Kindern. Sie sind diejenigen, die mit oft unlösbar erscheinenden, bürokratischen Hürden kämpfen müssen. Die moralisch von der Gesellschaft zu einem schlechten Gewissen verurteilt sind und ständig daran erinnert werden, dass sie von den Steuergeldern der anderen leben. (Erwerbslose zahlen auch Steuern!) Sie sind diejenigen, die von Armut betroffen oder bedroht sind und die am gesellschaftlichen Leben, kaum noch teilnehmen können, weil sie es sich nicht mehr leisten können.

Dazu kommt, dass sich hinter dem Rückgang der Arbeitslosenzahlen auch erhebliche Veränderungen in Form und Struktur der Beschäftigungsverhältnisse verbergen:

- Die zeitlich abgesenkt und somit als geringfügig zu bezeichnen sind,
- oder solche, die befristet oder auch arbeitsrechtlich weniger abgesichert und als prekär zu werten sind.

Seit 21 Jahren setzt sich der Arbeitslosenverband in Brandenburg dafür ein, dass Erwerbslose, deren Familien und andere sozial Benachteiligte die Hilfeangebote finden können, die sie zur Erleichterung ihrer Lebenssituation brauchen. Deshalb treten wir für die gleichberechtigte Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an bedarfsgerechten, differenzierten und individuellen Hilfeangeboten ein.

### **Unsere Vorschläge zu Ihren Thesen:**

Eine ehrliche Bestandsaufnahme der Rahmenbedingungen, soziale Sicherheit, Vollbeschäftigung, Mindestlohn und öffentlich geförderte Beschäftigung sind einige der wahrhaftig großen Zukunftsziele, die es durchzusetzen gilt. Wir meinen, dass die Mehrzahl der Brandenburgerinnen und Brandenburger das auch will.

### **These Soziale Sicherheit**

In Ihren Thesen fällt uns auf, dass das **Thema Armut ausgeblendet** wurde, obwohl fast jeder weiß, dass jetzt die Generationen in Rente gehen werden, deren Erwerbsbiografien unverschuldet große Lücken aufweisen. Im Bericht über die „Lebenslagen in Brandenburg

2008“ ist die vor 4 Jahren aktuelle Situation im Land analysiert, dargestellt und mit entsprechenden Handlungsempfehlungen versehen. Altersarmut darf im gesellschaftlichen wie politischen Raum keine Akzeptanz finden.

### ***These Familie und Alter***

*...“Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als große Ressource zur Deckung des Fachkräftebedarfs...”*

**Wir meinen:** Das ist richtig; aber es sollte in der Zukunft bessere Mittel und Wege geben, regionale Unternehmen davon wirklich zu überzeugen, Alleinerziehende einzustellen. Das gelingt wohl nur, wenn die entsprechenden, passgerechten Infrastrukturen und Dienstleistungen für die Familien (eingerechnet auch Alleinerziehende) überall vor Ort vorhanden sind - nicht nur im Speckgürtel. Dazu gehören nach unserer Meinung auch familien- und kinderfreundliche flexible Arbeitszeiten und Arbeitszeitmodelle.

Allein die Tatsache, dass wir in Brandenburg in einigen Branchen bereits heute einen Fachkräftemangel haben und der Fachkräftebedarf auch in Zukunft weiter steigen wird, kann nicht darüber hinweg täuschen, dass wir die Problematik der Arbeitslosigkeit - Ausgrenzung-Armut und atypischen Beschäftigungen lösen müssen.

### ***These Ehrenamt***

*...“Ehrenamtliche Tätigkeiten werden in der Regel ohne finanzielle Gegenleistungen erbracht und dienen dem Gemeinwohl...”*

**Wir meinen:** Dass neue gesellschaftspolitische Dimensionen auch ein neues Gemeinwohlorientiertes Handeln erfordern!

Und wir fragen mal ganz provokant: „warum werden die Leistungen in der Wirtschaft und in der Finanzwirtschaft mit entsprechenden millionenschweren Boni honoriert, während die Leistungen im Interesse des Gemeinwohls ohne finanzielle Gegenleistungen erbracht werden müssen?“

Uns ist es wichtig, dass bürgerschaftliches Engagement gesellschaftlich besser anerkannt wird, dass Voraussetzung zur Ermöglichung geschaffen werden und keine sozialversicherungspflichtigen notwendigen Beschäftigungen dadurch verdrängt bzw. ersetzt werden. Rahmenbedingungen für das bürgerliche Engagement wie Qualifizierung und Versicherungsschutz sind unbürokratisch zu gestalten.

Und wir sollten auch nicht die Augen davor verschließen, dass bürgerschaftliches Engagement oftmals als Ausfallbürge dafür herhalten muss, dass viele freiwillige Aufgaben wie Kinder- und Jugendhilfe, Arbeitslosen- und Sozialarbeit u.a. darüber „scheinbar kostenneutral“ abgefangen werden. Es ist eine Tatsache, dass bürgerschaftliches Engagement immer mit Kosten verbunden ist (Fahrkosten, Telefon, Porto, Arbeitsmaterialien u.a.).

Die gesellschaftlich dringend benötigte soziale Infrastruktur muss dabei besondere Bedeutung erhalten. Gemeinwohl kann nur funktionieren, wenn es ein ausgewogenes Verhältnis zwischen bürgerschaftlichem Engagement, zivilgesellschaftlicher Prinzipien und gesellschaftlicher Verantwortung gibt.

### ***These Arbeit***

*...„herrscht in vielen Regionen Brandenburgs Vollbeschäftigung...“*

**Wir meinen:** mit Vollbeschäftigung **nicht:** eine „schön gerechnete“ künftig geringere Arbeitslosenquote von ca. 3-5% Arbeitslosigkeit, atypische Beschäftigungsverhältnisse, Minijobs, oder ein vorgezogener Rentenbeginn unter „Inkaufnahme der entsprechenden Abzüge“. Sondern wir meinen existenzsichernde Arbeit!

*...„Die erheblichen Einsparungen werden u.a. investiert in Weiterbildung und öffentliche Beschäftigung...“*

**Wir meinen:** die öffentlich geförderte Beschäftigung übernimmt 2 Funktionen:

1. Gesellschaftlich notwendige und vorhandene Arbeit wird finanziert
2. Die Qualifikation und Arbeitsfähigkeit der Erwerbslosen wird erhalten.

Die Politik muss sich dazu bekennen, dass öffentlich geförderte Beschäftigung in dem Maße Ersatzarbeitsmarktfunktion übernimmt, wie Angebote der Wirtschaft fehlen, ohne Arbeitsmarkt und Wettbewerb zu verzerren.

### ***These Infrastruktur***

Hier fällt auf, dass die soziale Infrastruktur keinerlei Berücksichtigung findet.

**Wir meinen:** dass die Zukunft von Brandenburg auch davon abhängen wird, wie gut ihre sozialen Infrastrukturen entwickelt und regional eingebunden sind.

Auch die Planung der sozialen Infrastruktur steht angesichts der demografischen und siedlungsstrukturellen Entwicklung, veränderten Haushaltsstrukturen sowie sich wandelnden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vor erheblichen Herausforderungen.

Der Zugang zu sozialer Infrastruktur spielt eine wichtige Rolle; Je einfacher erreichbar, und je weniger eigene Vorleistung zu erbringen ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass soziale Dienste in Anspruch genommen werden.

Anzustreben ist ein Gleichgewicht zwischen dem Privatwirtschaftlichem Sektor- dem staatlichen Sektor- und dem 3. Sektor, der sich durch seinen Gemeinwohlbezug und seinen partizipativen Charakter auszeichnet.

## **These Berufliche Bildung und Weiterbildung**

*...„Weiterbildung in und aus der Arbeitslosigkeit...sind gesellschaftliche Standards...“*

**Wir meinen:** das ist ein sehr wesentlicher Punkt. Denn die „Stärkung“ der Erwerbslosen für den Sprung in das Arbeitsleben ist von größter Wichtigkeit. Jedes Jahr Langzeitarbeitslosigkeit, das ungenutzt oder mit „sinnlosen“ Trainingsmaßnahmen verstreicht, bringt Betroffene weiter weg vom 1. Arbeitsmarkt. Nicht Sanktionen und ein Generalverdacht unterstützen Erwerbslose bei ihrer Arbeitsplatzsuche und fachlichen Umorientierung, sondern das Aufzeigen ihrer Stärken und Kompetenzen sowie leichtere, bezahlbare und passgenauere Weiterbildungs- oder Umschulungsmöglichkeiten.

Für den Arbeitslosenverband Brandenburg e.V.

Inga-Karina Ackermann  
Landesvorsitzende